

Weltweites Engagement
ist zwingend

Aufgaben der Außenpolitik

Eckart von Klaeden

Mit dem Ende der bipolaren Weltordnung und dem rasanten Fortschreiten der Globalisierung in ihren multiplen Auswirkungen stellen sich neue Anforderungen an unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, an unsere innere und äußere Sicherheit, an die multilaterale Ordnung und das Völkerrecht und an die Beziehungen Deutschlands und der Europäischen Union zu anderen Staaten und Regionen.

Von diesen Veränderungen ist Deutschland besonders betroffen. Die Teilung der Welt verläuft nicht mehr mitten durch unser Land. Zunächst bedeutet das Ende des Ost-West-Konflikts, dass sich in unserem Land keine Blöcke mehr gegenüberstehen. Deutschland steht nicht mehr automatisch im Mittelpunkt internationaler Politik. Der Fokus der Weltpolitik hat sich von Europa weg in andere Regionen verschoben, vor allem in den Nahen und Mittleren Osten, Subsahara-Afrika und nach Asien. Nach der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft und der anschließenden Jahrzehntelangen Teilung unseres Landes erkennen unsere Partner und Verbündeten uns inzwischen als eine verlässliche und stabile Demokratie an. Von Deutschland wird ein eigener wesentlicher Beitrag erwartet. Ohne diesen Beitrag werden wir über kurz oder lang unseren Einfluss verlieren.

Wegweisend für die christdemokratische Außenpolitik bleiben auch oder gerade angesichts der umfangreichen Herausforderungen ein vereintes und fried-

liches Europa und die Fortentwicklung der Europäischen Union, eine vertrauensvolle und enge transatlantische Partnerschaft, unser klares Bekenntnis zum Existenzrecht Israels und eine multilaterale Ordnung mit den Vereinten Nationen im Zentrum.

Die deutsche Europapartei

Die CDU ist die deutsche Europapartei. Von Beginn an hat sie den europäischen Einigungsprozess leidenschaftlich vorangetrieben. Wir setzen uns weiterhin für die Fortsetzung dieses Prozesses ein, denn die Chance Europas ist immer auch die Chance Deutschlands. Unter Führung der Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzenden Angela Merkel konnte Deutschland während seiner EU-Ratspräsidentschaft mehrere richtungweisende Erfolge für die Fortentwicklung der Europäischen Union erreichen. Die Vereinbarungen des Europäischen Rates im Juni 2007 haben Europa aus der Vertrauenskrise geführt. Ohne die Substanz des ursprünglichen Verfassungsvertrags aufzugeben, bilden sie einen Fahrplan zum sogenannten Reformvertrag. Der Fahrplan wurde bisher inhaltlich und zeitlich von der portugiesischen Präsidentschaft weiterverfolgt und bildet so einen weiteren Schritt hin zu einem transparenten, demokratischen und effizienten Europa.

Mit den USA verbindet uns eine jahrhundertealte tiefe Partnerschaft und Freundschaft: Die USA wurden von Europäern gegründet. Vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg haben die USA die Pa-

tenschaft für Europa übernommen. Ihnen haben wir zu verdanken, dass Deutschland und Europa vom Nationalsozialismus und Kommunismus befreit wurden. Die USA sind eine europäische Macht, denn ohne ihre Unterstützung wäre die deutsche Vereinigung nicht möglich gewesen. Die CDU setzt sich weiterhin für ein vertrauensvolles Verhältnis zu unseren transatlantischen Partnern ein. Dabei müssen die Amerikaner zu multilateralem Vorgehen und wir zu effektivem Handeln bereit sein. Die NATO soll ständiger Ort des sicherheitspolitischen Dialogs sein. Die von Angela Merkel als EU-Ratspräsidentin und dem amerikanischen Präsidenten ins Leben gerufene Transatlantische Wirtschaftspartnerschaft und der dazugehörige Wirtschaftsrat, der in diesem Monat erstmalig tagen wird, sind weitere wichtige Schritte auf dem Weg zu einer engen transatlantischen Zusammenarbeit.

Für das Bestehen Israels als jüdischer Staat in sicheren Grenzen treten wir aufgrund unserer großen historischen Verantwortung ein, aber auch weil Israel der einzige demokratische Staat im Nahen Osten und damit natürlicher Verbündeter des Westens ist. Um ein friedliches Miteinander zu ermöglichen, muss es gleichzeitig das Ziel sein, einen existenzfähigen palästinensischen Staat zu schaffen. Wir sehen in einer Zwei-Staaten-Lösung das einzige und beste Mittel, um einen Frieden im Nahostkonflikt zu erreichen.

In der internationalen Politik verfolgt die CDU einen multilateralen Ansatz. Auf diesem Wege sind Weltfrieden und internationale Sicherheit dauerhaft zu halten und Krisen nachhaltig zu bewältigen. Deutschland muss sich für handlungsfähige, starke und effiziente Vereinte Nationen einsetzen und hier bereit sein, entsprechende Verantwortung – auch im Sicherheitsrat – zu übernehmen. Dazu gehört, das Völkerrecht weiterzu-

entwickeln, um einen effektiveren Beitrag zur weltweiten Durchsetzung von Freiheits- und Menschenrechten zu leisten und Modernisierung und Demokratisierung zu fördern.

Vernetzte Sicherheit

Mit ihrem neuen Grundsatzprogramm setzt sich die CDU für eine Erneuerung und Transformation der deutschen Streitkräfte ein. Der Begriff der vernetzten Sicherheit steht hierbei im Zentrum. Der Bundeswehr obliegt danach nicht mehr nur der klassische Auftrag zur Landes- und Bündnisverteidigung, sondern sie ist gleichzeitig Instrument der internationalen Krisenvorsorge und -bewältigung. Für ihren Einsatz im Inneren gilt es zudem, einen klaren rechtlichen Rahmen zu schaffen, der neben der Amtshilfe bei Katastrophen und Unglücksfällen auch die Abwehr von Gefahren von See und aus der Luft regelt. Denn das weltweite Sicherheitsszenario hat sich vollständig verändert. Immer häufiger bestimmen nichtstaatliche Akteure das weltpolitische Geschehen. Konflikte finden nicht mehr nur in Form von Kriegen zwischen Staaten statt, sondern asymmetrisch zwischen Staaten und erstarkten, weltweit vernetzten terroristischen Gruppierungen. Wir müssen Angriffe von Extremisten im Rahmen des transnationalen Terrorismus fürchten. Darüber hinaus bestimmen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte und globale Ungleichgewichte unsere gegenwärtige Sicherheitsagenda. Heute kann das Überleben eines Staates vollständig von Entwicklungen abhängen, die außerhalb seiner eigenen Grenzen liegen. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit der Neudeinition von innerer und äußerer Sicherheit. Vor allem aber ist eine Neudeinition der Mittel, die wir bereit sind, für den Erhalt unserer Sicherheit und die unserer Bündnispartner aufzubringen, erforderlich.

Eine große Herausforderung für die deutsche und die europäische Außenpolitik liegt auf dem asiatischen Kontinent. Bereits jetzt leben in China und Indien vierzig Prozent der Weltbevölkerung. Wir stehen am Anfang eines asiatischen Zeitalters. Asien ist nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht für uns zu einer strategischen Herausforderung und Chance geworden. Daher brauchen wir einen strategischen Blick auf Asien und eine vielschichtige Asienpolitik in Abstimmung mit unseren Partnern. Zu diesem Zweck müssen die Teilpolitiken mit Bezug auf Asien oder einzelne asiatische Staaten auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene sehr viel stärker als bisher miteinander vernetzt werden. In gleicher Weise sind Reformen in verschiedenen anderen Politikfeldern (zum Beispiel in der Wirtschafts-, Finanz-, Wissenschafts- und Bildungspolitik) mit der klaren Zielsetzung notwendig, unsere Konkurrenzfähigkeit gegenüber den wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften Asiens zu verbessern, damit Asiens Aufstieg nicht unseres Abstieg bedeutet.

Das chinesische System, ein autoritärer kommunistischer Einparteienstaat, der das teilweise noch sehr rückständige Land wie ein gigantisches, modernes Wirtschaftsunternehmen führt, hat bereits große Anziehungskraft auf weniger entwickelte Staaten. Auf sie wirken westliche Demokratien mit vermeintlich schwerfälligen Entscheidungs- und Reformprozessen ungelenk. China stellt im Gegensatz zu westlichen Staaten keine Bedingungen hinsichtlich rechtsstaatlicher und demokratischer Prinzipien oder bei der Einhaltung von Umweltstandards. Damit stellt Peking in zunehmendem Maße die Systemfrage. Nur ein selbstbewusstes, differenziertes und geschlossenes Auftreten des Westens wird es ermöglichen, diesen Wettbewerb zu gestalten. Darüber hinaus müssen wir China dafür gewinnen, sich friedlich und

im Rahmen des internationalen Rechts zu entwickeln und als ständiges Mitglied im Sicherheitsrat weltpolitische Verantwortung zu übernehmen.

Vor allem der wachsende asiatische Energiebedarf wird die Zukunft der Energiemärkte bestimmen. Dies wird auch beachtliche Auswirkungen auf die internationalen geopolitischen Beziehungen haben. Das Thema Energiesicherheit ist bereits seit einigen Jahren zentrales strategisches und sicherheitspolitisches Thema. Um die nationale Energieversorgung auch künftig zu gewährleisten, muss Deutschland eine umfassende Energiesicherheitspolitik erarbeiten. Dies ist nicht nur eine Frage der Außenwirtschafts-, Energieversorgungs- und Sicherheitspolitik, sondern auch einer interessensorientierten Außenpolitik. Deutschland muss sich den Zugang zu möglichst vielen Märkten offenhalten und muss einseitige Abhängigkeiten vermeiden.

Dialog mit Russland

Unter diesem und vielen weiteren Gesichtspunkten bleibt unser Verhältnis sowie das unserer europäischen Partner zu Russland von großer Bedeutung. Als Mitglied von OSZE und Europarat, vor allem aber als Mitglied der Vereinten Nationen mit Sitz in deren Sicherheitsrat bestimmt Russland die internationale Politik wesentlich mit. Dies zeigt sich deutlich in den aktuellen Konflikten um das iranische Nuklearprogramm, um die Statusfrage des Kosovo und um die geplante Raketenabwehr der USA in Osteuropa. Aber auch im Nahen Osten ist Russland als Mitglied des Nahost-Quartetts die Verpflichtung eingegangen, sich an der Lösung des Konflikts zu beteiligen. In allen genannten Konflikten zeigt sich jedoch, dass die Interessen und Ansichten teilweise weit auseinandergehen. Dennoch bleibt es Deutschlands politisches Ziel, dass Vereinte Nationen, EU und Russland kohärent handeln und eng ko-

operieren. Voraussetzung hierfür wiederum ist eine berechenbare und verlässliche Politik aller Akteure. Diese darf nur auf Grundlage der universellen Werte des Europarates erfolgen und schließt einen offenen und kritischen Dialog über die Entwicklung von Demokratie und Menschenrechten ein.

Partnerschaften mit Afrika

Das neue Grundsatzprogramm der CDU spricht sich für eine zielorientierte Entwicklungspolitik aus. Auf Grundlage unseres christlichen Menschenbildes sieht sich die CDU in der Verantwortung, weniger entwickelte Länder bei der Bewältigung von Armut, Krieg, Staatszerfall und Terrorismus zu unterstützen. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, deren Handlungsfähigkeit zu stärken und dafür Partnerschaften im politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bereich zu gründen. Die Afrikanische Union ist dabei die Partnerorganisation der EU. Insbesondere unseren afrikanischen Nachbarkontinent müssen wir bei der Schaffung von Stabilität, Entwicklung und guter Regierungsführung unterstützen, um den Menschen eine bessere Lebensperspektive zu schaffen. Die CDU bekennt sich in ihrem neuen Grundsatzprogramm zu den Millennium Development Goals.

Schließlich werden Deutschland und die Europäische Union ihren Wohlstand und ihre sozialen Errungenschaften nur bewahren können, wenn sie den Globalisierungsprozess aktiv mitgestalten. Die Globalisierung bietet neben ihren Schattenseiten vor allem enorme Chancen. Neue innovative Kräfte werden durch Wettbewerb freigesetzt und neue Märkte werden geöffnet. Globalisierung ist aber nicht nur ein ökonomisches Phänomen, sondern betrifft nahezu alle Lebens- und Politikbereiche (Kultur, Medien, Arbeit,

Finanzen, Wirtschaft, Sicherheit, Umwelt, Bildung und Forschung). Es gilt daher, alle Aspekte der neuen globalen Ordnung in die jeweiligen Politikbereiche einzubeziehen, um auf ihre Entwicklung vorbereitet zu sein und von ihr profitieren zu können. Wichtig ist hierbei auch eine rege Öffentlichkeitsarbeit, denn einzig Wissen kann die Menschen von ihrer Skepsis und Angst gegenüber den Auswirkungen der Globalisierung befreien. Die WTO und die sogenannten Bretton-Woods-Institutionen sind in diesem Rahmen von besonderer Bedeutung. Erstere zeichnet sich gegenüber anderen internationalen Organisationen durch ihre Universalität, aber insbesondere durch ihre Streitbeilegungsmechanismen aus, die eine effektive Durchsetzung des WTO-Rechts ermöglichen. Dies müssen wir nutzen und noch mehr Staaten den Beitritt zur WTO ermöglichen. Zudem gilt es, die Weltbank und den IMF zu erneuern und den immer bedeutenderen Schwellenländern hier einen entsprechenden Status zu gewähren.

Noch immer schwankt Deutschland bei der Definition seiner außen- und sicherheitspolitischen Leitlinien zwischen „Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung“ (Helga Haftendorn). In der Bevölkerung wird innenpolitischen und sozialen Fragen weiterhin größere Bedeutung zugemessen. Erst allmählich wird vielen bewusst, wie sehr innere und äußere Sicherheit miteinander verwoben sind und wie zwingend ein weltweites deutsches Engagement ist. Der ergebnis- und erfolgreiche Verlauf der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sollte uns darin bestärken, auch in Zukunft mit Augenmaß und eingebettet in das multilaterale System sowohl unsere Interessen als auch unsere Pflichten in der Außen- und Sicherheitspolitik nachhaltig wahrzunehmen.